

Indien im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

Covid-19 anders

Im IPG-Journal vom 17. März 2021 titelt Sashi Taroor „Die Spritze zur Weltmacht“ und mokiert sich über das Horten von Impfstoff weltweit. Demgegenüber verweist er auf Indiens stille Impfstoffdiplomatie unter dem Stichwort *Maitri* (siehe Artikel Fabian Falter), in der hunderttausende von *Covishield*-Dosen unter Lizenz von *Oxford-AstraZeneca* hergestellt und an etwa 60 Länder verteilt werden. Bernard Imhasly schreibt in seinem Blog, dass das *Serum Institute of India* in einer neuen Fabrik außerhalb von Pune gegenwärtig 2,5 bis 3 Millionen Dosen des *AstraZeneca*-Impfstoffs produzieren lässt – pro Tag. Außerdem verfügt Indien über eine Impf-Infrastruktur, die es erlaubt, in vier Tagen (30.01.-02.02.), mitten in der Covid-Impfphase in rund 700.000 Impfstationen 110 Millionen Kinder gegen Polio zu impfen. Die meisten Spritzen setzten 1,2 Millionen ASHA- Gesundheitshelferinnen, die in Indien für das Wohl der Kleinkinder und stillenden Mütter verantwortlich sind.

Rätselhafte Infektionszahlen

Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) berichtete am 4. Februar 2021 von abnehmenden Infektionszahlen in Indien, obwohl die Sicherheitsmaßnahmen gelockert worden waren. Die Kinos und Restaurants sind wieder voll besetzt, außerhalb der Metropolen trägt kaum jemand eine Maske. Der Epidemiologe Jayaprakash Muliylil verweist in dem Bericht zwar darauf, dass Indien nur einen kleinen Teil der Fälle erfasst. Aber auch er war sich sicher, dass die Zahlen sinken. Es stecke keine Magie dahinter, auch nicht die Maßnahmen der Regierung, sondern Indien sei gerade dabei, die Herdenimmunität zu erreichen. Andere Expert(inn)en spekulierten darüber, dass Indiens Bevölkerung jünger als jene in Europa sei – nur rund sechs Prozent seien über 65 Jahre alt, in Europa über 20 Prozent. Viele für westliche Länder typische Alterskrankheiten seien in Indien weniger verbreitet. Wer ein Lungen- oder Herzleiden hat, erreiche in Indien das Alter der Corona-Risikogruppe meist gar nicht. Zudem gebe es in Indien weniger Übergewichtige. Und: viele in Indien seien so vielen Krankheiten ausgesetzt, dass ihr Immunsystem im Durchschnitt robuster sei, ergo auch gegen Covid-19.

Informelle Arbeit unter Pandemie-Bedingungen

Die NGO *Action Aid* veröffentlichte Mitte März 2021 einen Bericht zur Situation von Arbeiter/innen im informellen Sektor. Mehr als 40 Prozent waren arbeitslos. Diejenigen, die beschäftigt waren, konnten nach dem Lockdown nur noch mit einer geringeren Stundenzahl arbeiten oder waren auf Gelegenheitsjobs angewiesen. Die meisten der Befragten erhielten weniger als 58 Euro pro Monat (Existenzminimum). Die schlechter bezahlten Jobs wurden überwiegend von Frauen durchgeführt. Bedingt durch die Pandemierestriktionen nahmen viele Kredite auf, um das nötigste wie Nahrung und Gesundheit bezahlen zu können.

Regulierung der Informationsweitergabe ...

Die indische Regierung hat die Informationsweitergabe neu reguliert. Messenger-Dienste müssen jetzt die Identifizierung der Urheberin oder des Urhebers einer Nachricht gewährleisten. Dies betrifft Fälle wie die Verhinderung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung einer Straftat, die die Souveränität und Integrität Indiens, die Sicherheit des Staates, die freundschaftlichen Beziehungen zu ausländischen Staaten, die öffentliche Ordnung, die Anstachelung zu einer Straftat, Vergewaltigung oder sexuellen Missbrauch von Kindern. Vieles ist nachvollziehbar und lehnt sich an Vorgaben in anderen Ländern an. Allerdings wurde schon mehrfach in anderen Kontexten die Sicherheit oder Souveränität des Staates bemüht, um Opposition und Dissens zu verfolgen. Laut dem Nachrichtenportal *countercurrents* wurden Anfang des Jahres die Büros des Webseitenanbieters *NewsClick* mit Sitz in Delhi durchsucht. Die Razzia stand im Zusammenhang mit Nachrichten über den Protest der Farmer/-innen.

... und der Hochschulen

In öffentlich finanzierten Universitäten müssen Professor(inn)en und Verwaltungsangestellte eine offizielle Genehmigung einholen, bevor sie digitale internationale Konferenzen oder Seminare abhalten und sich dabei mit Indiens internen Angelegenheiten befassen wollen. Es dürfte nicht

viele Themen geben, die nicht darunter fallen. Diese Regelung traf bisher nur auf internationale Konferenzen zu, die als Präsenzveranstaltungen in Indien stattfanden und in denen Teilnehmende aus dem Ausland mit einem Konferenz-Visum dabei waren. Zudem sollen Apps vermieden werden, deren Server in Ländern stehen, die Indien gegenüber feindselig gesinnt sind – ein Seitenhieb gegen Zoom, dessen Server für Indien in China stehen und für Konferenzen gerne genutzt werden. Vertrauenserweckend ist der Standort China allerdings auch nicht.

Parlamentarische Anfrage im Bundestag

Die Partei „Die Linke“ hat am 26. Februar eine zwölfseitige „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung zur menschenrechtlichen Situation in Indien gerichtet. Die Partei mahnt darin ein Umdenken in der deutschen Zusammenarbeit mit der indischen Regierung an. Den Menschenrechten müsse der ihnen gebührende Vorrang gegenüber wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen eingeräumt werden. Die Anfrage kann über die Dokumentennummer 19/27053 auf der Webseite des Deutschen Bundestages abgerufen werden.

Menschenrechtsdialog EU-Indien

Im Februar führte die Europäische Union einen Menschenrechtsdialog mit der indischen Regierung. Herausgekommen ist nichts Greifbares, während Nichtregierungsorganisationen bei dieser Gelegenheit die EU aufgerufen haben, von Indien die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern und eine Vielzahl von Verletzungen zu beenden. Vor allem sollten alle inhaftierten Menschenrechtsverteidiger/-innen freigelassen werden. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssten eine klare Botschaft aussenden, dass Indiens anhaltende Missachtung von Menschenrechten politische Konsequenzen hat.

Bericht von *Human Rights Watch*

Die NGO *Human Rights Watch* (HRW) stellt in ihrem Jahresbericht für 2020 unter anderem fest, dass Menschenrechtsverteidiger/-innen, Aktivist(inn)en und Akademiker/-innen unter falschen Anklagen vor Gericht gebracht und inhaftiert werden, allein der Tatsache geschuldet, dass sie sich regierungskritisch geäußert hatten. Dies gilt nicht zuletzt für Journalist(inn)en in Ausübung ihres Berufes. Indien

weise weltweit die meisten Fälle von Internet-Abstellungen auf – die meisten in Jammu und Kaschmir. HRW zeigt sich ebenfalls darüber besorgt, dass die indische Regierung plant, Umweltverträglichkeitsprüfungen für Großprojekte dergestalt zu überarbeiten, dass sie von öffentlichen Anhörungen befreit sind.

Die Macht, Dinge zu verändern

Der Dokumentarfilm *Writing With Fire* von Rintu Thomas und Sushmit Ghosh hat den Publikumspreis beim *Sundance Film Festival* (Park City und Salt Lake City in Utah, USA) in der Kategorie Weltkinodokumentarfilm erhalten. Der Film dokumentiert die Arbeit einer Zeitung in Indien, die von Dalit-Frauen gegründet wurde. Die Zeitung veröffentlicht unter der Decke gehaltene Geschichten wie Machtmissbrauch und Korruption.

Unrühmlicher Haushalt der Unionsregierung

Anfang Februar 2021 verbreitete das Nachrichtenportal *countercurrents*, dass das Budget für das Haushaltsjahr 2021-2022 die niedrigsten Sozialausgaben in Indiens Geschichte ausweist. Dies zeige, entgegen der Rhetorik des Premierministers, einen symptomatischen Mangel an Prioritäten und Engagement für die Mehrzahl der Inder/-innen und ihrer täglichen Bedürfnisse. Investitionen zuhauf, aber keine in die Menschen in Indien.

OECD-Klage gegen *Syngenta* zugelassen

In der Schweiz hat die Nationale Kontaktstelle (NKS) der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) die Beschwerde gegen den Agrochemiekonzern *Syngenta* angenommen. Baumwollbauern und Landarbeiter/-innen hatten im September 2020 gegen Vergiftungen durch das Insektizid *Polo* in der Region Yavatmal (Maharashtra) geklagt. Unterstützt wurden sie dabei unter anderem vom *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) in Berlin. Dokumente der indischen Polizei belegen 96 Vergiftungsfälle im Zusammenhang mit dem Pestizid von *Syngenta* – zwei davon waren tödlich. Obwohl die Entscheidung nicht belegt, dass *Syngenta* die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verletzt hat, kommt die NKS zu dem Schluss, dass die in der Beschwerde aufgeworfenen Fragen eine weitere Prüfung notwendig machen.